Bewertung der Vorschläge von Bundesumweltminister Altmaier für eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Am 11. Oktober 2012 hat Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) seinen „Verfahrensvorschlag zur Neuregelung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes“ vorgelegt. Darin schlägt er eine grundlegende Reform des EEG vor. Altmaier beabsichtigt, den Ausbau von Wind- und Biomasseanlagen zu begrenzen, das Tempo der Energiewende an den Netzausbau zu koppeln und den Erneuerbaren Energien eine Marktfähigkeit gesetzlich vorzuschreiben. Zudem will er das Ausbauziel erhöhen: Bis 2020 sollen die Erneuerbaren Energien 40 statt der bisher geplanten 35 Prozent bei der Stromerzeugung ausmachen.

Zusammenfassung

Die Vorschläge des Bundesumweltministers setzen aus Sicht von Greenpeace am falschen Hebel an. Sie drosseln den Ausbau der Erneuerbaren Energien, ohne die Kosten signifikant zu begrenzen. Das EEG funktioniert und bietet heute Ansätze, die Kosten der Umlage deutlich abzusenken.

Insbesondere eine Deckelung der kostengünstigsten Erneuerbaren-Technologie, die Windenergie, muss im Rahmen der gewünschten Energiewende als kontraproduktiv bewertet werden. Zudem fehlt ein klares Bekenntnis des Ministers zu einer sachgerechten Beteiligung der Industrie an den Kosten der Energiewende.

Positiv zu bewerten ist die vom Minister vorgeschlagene Koordinierung beim Ausbau Erneuerbarer Energien. Dies aber nur, wenn sie darauf abzielt, den Ausbau von Windenergie in südlichen Bundesländern und den Industriezentren zu verstärken. Auch die Anpassung des Ausbauziels auf 40 Prozent ist folgerichtig, jedoch sollte sie nicht als „Deckel“ verstanden werden.

Industrieprivilegien reformieren

Greenpeace kritisiert, dass der Umweltminister bei der Debatte um die Kosten der Energiewende den Anteil der Ausnahmen für die Industrie verteidigt und klein redet. Eine Kostenbetrachtung im EEG kann ohne eine Einbeziehung der überzogenen Industrieprivilegien nicht sachgerecht vorgenommen werden. Der Anteil der Industrieförderung im EEG beträgt in 2013 rund 1,5 Cent/kwh. Wer diese Diskussion ausblendet, verengt die Debatte auf die Förderkosten der Erneuerbaren Energien, die weniger als die Hälfte der EEG-Umlagekosten verursachen. Die Ausnahmen für die Industrie müssen auf diejenigen Unternehmen begrenzt werden, die tatsächlich energie- und handelsintensiv sind. Zudem darf nur noch der Strom für energieintensive Prozesse und nicht der gesamte Stromverbrauch eines Unternehmens begünstigt werden. Greenpeace hat hierfür einen Reformvorschlag vorgelegt, der zu einer

Spendenkonto
GLS Gemeinschaftsbank eG, KTO: 33 400, BLZ: 430 609 67
Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Greenpeace e.V. Pressestelle T 040.3 06 18-340, F 040.3 06 18-130, presse@greenpeace.de, www.greenpeace.de
Anschrift Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg
Politische Vertretung Berlin Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, T 030.30 88 99-0, F 030.30 88 99-30

signifikanten Absenkung der EEG-Umlage führt.

Deckelung würgt Energiewende ab

Die regionale und/oder geografische Koordinierung des Ausbaus Erneuerbarer Energien kann sinnvoll sein. Sie sollte aber nicht über eine planwirtschaftliche Mengensteuerung erfolgen, zumal das heutige EEG bereits Möglichkeiten in dieser Hinsicht bietet. Die vorgeschlagene Mengensteuerung birgt erhebliche Unsicherheitsfaktoren für Investoren, die zu Risikoaufschlägen und damit Preissteigerungen führen. Zudem ist der Ausbau der Windenergie an Land kein Kostentreiber im EEG. Durch eine Mengensteuerung droht die Dynamik beim Ausbau Erneuerbarer Energien massiv gedrosselt und die Energiewende abgewürgt zu werden. Vielmehr sollte durch gezielte Anreize bei den Netzentgelten oder der Vergütung unterschiedlicher Windstandorte der Ausbau der Erneuerbaren Energien so gestaltet werden, dass zum einen die günstigsten Windstandorte nicht ausgeschlossen werden, zum anderen aber auch eine nachholende Entwicklung in den südlichen Bundesländern erfolgt.

Handlungsdruck beim Netzaufbau aufrecht erhalten

Die Synchronisierung von Netzausbau und dem Ausbau Erneuerbarer Energien ist grundsätzlich nicht falsch. Sie darf aber nicht zu einer Verzögerung der Energiewende auf das Tempo des langsamsten Faktors führen. Dies ist derzeit der Netzausbau. Um den Umbau der Stromversorgung voran zu bringen, muss der Handlungsdruck beim Netzausbau beibehalten werden. Eine stärkere Koordinierung von Netzausbau und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien sollte durch andere Ansätze (s.o.) erreicht werden.

Marktfähigkeit ist zu kurz gedacht

Die Forderung von Umweltminister Altmaier nach einer Marktfähigkeit der Erneuerbaren Energien klingt zunächst plausibel, weil es Ziel des EEG ist, die Erneuerbaren Energien zur Wettbewerbsfähigkeit zu bringen. Angesichts der derzeitigen Rahmenbedingungen im Energiemarkt ist diese Forderung allerdings Unfug. Dieser Ansatz vergleicht alte, abgeschriebene Kohle- und Atomkraftwerke mit neuen Erneuerbaren-Energien-Anlagen, obwohl die Preisbildung der Erzeugungsarten nach unterschiedlichen Prämissen funktioniert: Strompreise für konventionelle Energien orientieren sich an den Brennstoffkosten.

Windkraft- und Photovoltaikanlagen haben demgegenüber hohe Investitionskosten, aber kaum Betriebskosten, weil Sonne und Wind kostenlos zur Verfügung stehen. Diese beiden Mechanismen zu vergleichen, ist schlicht nicht möglich.

Zudem ist der Ansatz nicht vom Ziel her gedacht: Nicht die Integration der Erneuerbaren Energien in den bestehenden Strommarkt ist die Herausforderung, sondern es muss die Frage nach der Rolle der konventionellen Energien in einem von Erneuerbaren Energien dominierten Energiemarkt gestellt werden. Alle anderen Überlegungen gehen am Ziel der Bundesregierung vorbei, im Jahr 2050 eine überwiegend von Erneuerbaren Energien erzeugte Stromversorgung zu schaffen.

V.i.S.d.P.: Tobias Austrup, Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg 10/2012